

Optimismus bei den polnischen Unternehmern - trotz Barrieren im In- und Ausland



Aus der polnischen Wirtschaftspresse von Michael Derrer

Nirgendwo in Europa schauen Unternehmer und Konsumenten mit mehr Zuversicht in die Zukunft als in Polen - dies geht aus einer im März 2005 publizierten Umfrage bei 110'000 europäischen Firmen und 30'000 ihrer Kunden hervor. Experten zufolge ist dies ein Anzeichen dafür, dass die polnische Wirtschaft auch in den kommenden Jahren zwei bis drei Mal schneller wachsen wird als der EU - Durchschnitt.

In Polen werden im Auftrag der Europäischen Kommission jeden Monat 18'000 Unternehmer und 3'500 Konsumenten um eine Einschätzung ihrer Situation und eine Prognose der Veränderungen während den kommenden drei Monaten gebeten. Die Umfrage umfasst die wichtigsten Wirtschaftssektoren: Dienstleistungen, Industrie, Bau und Handel. In den acht Jahren seitdem die Erhebung erstellt wird, ist noch nie so viel Optimismus registriert worden. Unternehmer sind zuversichtlich gestimmt, da sich ihre Befürchtungen, dass sie sich in der EU nicht behaupten könnten, nicht bewahrheitet haben.

Firmen aus bestimmten Sektoren, z.B. aus der Lebensmittelverarbeitung, haben aus der Integration in besonderem Masse profitiert, da sie auf die westlichen Märkte vordringen konnten. Positive Konsequenzen des EU-Beitritts werden für immer mehr Personen sichtbar. So hat sich die Situation der Landwirte verbessert - die Auszahlungen der Strukturfonds steigen. Unerwartet gut entwickelt sich der Exportsektor. Vor allem jedoch wird die Binnennachfrage immer mehr zu einem Wachstumsmotor. Zwar gibt es noch wenig Signale einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, aber immerhin genügend, damit diejenigen, die Arbeit haben, sich nicht mehr fürchten, diese von einem Tag auf den andern zu verlieren. Daher sind sie vermehrt zu Aus-

gaben geneigt. Auf dem Hintergrund der sinkenden Zuversicht bei Unternehmern und Konsumenten in Deutschland, Italien und Spanien erhält dieser Optimismus in Polen eine besondere Bedeutung.

Barrieren für die unternehmerische Tätigkeit

Es stimmt, das institutionelle und regulatorische Umfeld für unternehmerische Tätigkeit ist in Polen noch nicht ideal. Das Land hat aber die Bedingungen in vielen Bereichen bereits verbessert. Zum Beispiel durch die Einführung einer transparenter Konkursprozedur. Es ist auch einfacher geworden, Personen anzustellen und zu entlassen. Um eine Firma zu gründen, muss man nicht mehr so viele Behörden besuchen wie früher. Was sich in Polen verbessern sollte, so Experten, ist die Funktionsweise der Gerichte. Ausserdem wäre auch in diesem Land die aussergerichtliche Schlichtung, wie sie in den reformfreudigsten Länder der Region, den Baltischen Staaten, der Slowakei und Ungarn eingeführt, und auch in Kroatien und Bulgarien kopiert worden ist, eine sinnvolle Lösung.



Neben den inländischen Barrieren hindern aber auch solche im Ausland die Entwicklung des polnischen Unternehmertums. Kommentatoren der polnischen Wirtschaftszeitungen haben in den vergangenen Wochen ihr Augenmerk auf die in der EU bestehenden Schranken im Dienstleistungsbereich gerichtet und die aktuelle Situation stark kritisiert. In manchen Bereichen - z.B. Kleinreparaturen, Renovationsarbeiten, medizinische Dienstleistungen - gehören die polnischen Unternehmen zu den konkurrenzfähigsten in ganz Europa. Aufgrund der faktischen Absenz eines freien Dienstleistungsverkehrs geht diesen Anbietern ein jährlicher Verdienst von EUR 2 - 3 Mrd. verloren.

Widerstand gegen die Liberalisierung der Dienstleistungen

Der Austausch von Dienstleistungen bleibt in der EU bis heute sehr gering: während der Wert der jährlich in der EU erbrachten Dienstleistungen EUR 7 Bio. beträgt und somit 70% der wirtschaftlichen Aktivität ausmacht, beläuft sich der Verkauf von Dienstleistungen zwischen Mitgliedsländern auf weniger als EUR 400 Mrd. In der polnischen Presse wird der freie Dienstleistungsverkehr - neben freiem Waren-, Personen- und Kapitalverkehr ein grundlegender Bestandteil des EU-Vertrages - rundweg als Fiktion bezeichnet. Beamte und Gewerkschaften der alten Mitgliedsländer verhindern ihn dadurch, dass sie das Leben der ausländischen Konkurrenten in solchem Mass erschweren, dass sich diese resigniert zurückziehen. Dabei sind alle Mittel recht: Konzessionen und Bewilligungen, notwendige Diplome und Zertifikate, aber auch Vorschriften, die Wettbewerb verhindern (in Frankreich darf es z.B. in einer Ortschaft mit 40'000 Einwohnern nicht mehr als fünf Bäckereien geben). Oder polnischen Unternehmern werden von lokalen Wirtschaftsverbänden im europäischen Ausland ungünstige Standorte für ihr Geschäft zugewiesen. Wiederholt haben sich Betroffene seit dem 1. Mai 2004 beim Europäischen Parlament über diese Diskriminierung beschwert.

Auch die EU-Kommission möchte die Dienstleistungen liberalisieren und hat einen Vorschlag für eine weitreichende Richtlinie entworfen, die die Schaffung eines einheitlichen Marktes in Europa vollenden und viele Sektoren einheitlich regeln soll: Bauwesen, Buchhaltungsführung, Werbeagenturen, Arbeitsvermittlung, juristische Dienstleistungen, Immobilienhandel, Autoverleih, Bewachung von Objekten, Transport, usw. Die Richtlinie beruht auf der sog. Ursprungslandregel, welche besagt, dass eine Dienstleistung in der ganzen EU gemäss dem Recht des Landes geregelt wird, aus dem der Erbringer der Dienstleistung stammt. Dieser Vorschlag ist aber auf harten Widerstand einiger Mitgliedsländer gestossen, insbesondere Frankreich und Deutschland, wie auch der Gewerkschaften und anderer organisierter politischer Interessen. Man spricht von Lohn- und Steuerdumping, die aus der Liberalisierung resultieren würden. Die Suche nach einer Kompromissvariante ist angelaufen, wobei die Vorstellungen bis heute

weit auseinanderklaffen. Falls keine EU-Richtlinie das Licht der Welt erblickt, wird die Liberalisierung schwieriger durchzusetzen sein und weniger geordnet verlaufen, denn ihre Grundlage wird aus individuellen Gerichtsentscheiden bestehen, die während den kommenden Jahrzehnten gefällt werden, und nicht aus einem gemeinsamen Dokument. Angesichts des gesamtwirtschaftlichen Nutzens, den die EU aus der Durchsetzung des freien Dienstleistungsverkehrs in allen Mitgliedsstaaten ziehen würde - Studien sprechen von 600'000 neuen Arbeitsplätzen und Ersparnissen für Firmen und Haushalte - mag es erstaunen, dass sich die alten Mitgliedsländer gegen effektive Regelungen stemmen. In Polen selbst werden Stimmen laut, die den eigenen Behörden Naivität vorwerfen und die Einführung von Erschwernissen für ausländische Unternehmen im eigenen Land fordern.

Bedingungen für eine Beschleunigung des Wachstums

Die Polen haben sich als ein Volk mit Unternehmergeist erwiesen, vielleicht mehr als andere europäische Gesellschaften. Er war ein Hauptfaktor für die Überwindung der Krise Anfangs der Neunziger Jahre. Sobald die Bedingungen stimmen, können polnische Unternehmen ihren Rückstand aufholen. Für das laufende Jahr wird in Polen ein BNP-Wachstum von ca. 4.5% erwartet, für 2006 und 2007 von 5 - 5.5%. Mit dem weiteren Abbau der Barrieren in Polen selbst, aber auch in den anderen europäischen Ländern könnte diese wirtschaftliche Entwicklung noch beschleunigt werden.

Michael Derrer, Politologe und Ökonom, leitet das Osteuropa - Service Center an der Universität Freiburg und ist Direktor des PraxisTransfer - Programmes für den Know-how - Austausch mit Osteuropa (www.unifr.ch/ieo/praxis-transfer). Als Berater betreut er Kontakte zu osteuropäischen Firmen und Institutionen. Seit zwei Jahren trägt er Analysen und Übersetzungen auf Grundlage der originalsprachigen osteuropäischen Wirtschaftspresse an das SEC INFO bei.

Kontakt: michael.derrer@unifr.ch; +41 79 320 21 52